

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924

6.10.1924 (No. 233)

Expedition: Karlsruher-Str. 14. Fernsprecher: Nr. 953 und 954. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: C. A. M. e. n. d. Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Goldmark. — Einzelnummer 20 Goldpfennig, Samstag 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zeichenmal. Briefe und Gebete frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatte, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antilige Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher-Str. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagererhebung, Zwangsweiser Beibehaltung und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen anderer Lieferanten, hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen.

Amtlicher Teil

Die Ermäßigung der Umsatzsteuer

Die Durchführungsbestimmungen der Ermäßigung der Umsatzsteuer vom 1. Oktober 1924 ab von zweieinhalb vom Hundert auf zwei vom Hundert ermäßigt worden. Darüber, ob ein Umsatz vor oder nach dem 1. Oktober liegt, entscheidet nach den Durchführungsbestimmungen bei der Besteuerung nach den vereinnahmten Entgelten (Steinnahme) der Zeitpunkt der Vereinnahmung, bei der Besteuerung nach den Leistungen und Lieferungen (Sollennahme) der bewirkten Leistungen. Die Steuerpflichtigen, die zu monatlichen Umsatzsteuervorauszahlungen verpflichtet sind, haben daher erstmals im November 1924 für die Umsätze im Oktober, die zu vierteljährlichen Umsatzsteuervorauszahlungen verpflichtet sind, erstmals im Januar 1925 für die Umsätze von Oktober bis Dezember 1924 die Umsatzsteuer in Höhe von zwei vom Hundert zu entrichten. Dagegen haben sowohl die Monats- als auch die Vierteljahrzahler bei der Vorauszahlung im Oktober 1924, die sich auf die Umsätze vor dem 1. Oktober 1924 bezieht, noch zweieinhalb vom Hundert zu zahlen.

Um die mit der Ermäßigung der Steuer bezweckte Preisentlastung auch bei Bindung an länger zurückliegende Beträge zu ermöglichen, mußte ein zivilrechtlicher Anspruch des Abnehmers auf Preisnachlaß geschaffen werden. Ist die Preisvereinbarung vor dem 25. September 1924, also zu einer Zeit getroffen, zu der die Kenntnis von der neuen Regelung noch nicht allgemein durchgedrungen war, so hat der Lieferungsverpflichtete dem Abnehmer einen Nachlaß in Höhe von einhalb vom Hundert des Entgelts zu gewähren.

Die Durchführungsbestimmungen sehen schließlich vor, daß dem Ausführer in Fällen, in denen der Umsatz ins Ausland vor dem 1. Januar 1925 getätigt wird, noch zweieinhalb vom Hundert des Preises vergütet werden, sofern der Vergütungsanspruch selbst bis zum 31. Januar 1925 geltend gemacht ist.

Eine neue Aktienpublikation des Auswärtigen Amtes

Am 30. Oktober ds. J. wird im Auftrage des Auswärtigen Amtes von Friederich Schöde im Verlag der Deutschen Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte in Berlin W 8 eine neue vierbändige Aktienpublikation zur Vorgeschichte des Weltkrieges erscheinen. Diese Publikation führt unter dem Titel „Der diplomatische Schriftwechsel zwischen dem russischen Staatsarchiv über die Beziehung zwischen dem zaristischen Russland und der jungen Republik in der Zeit von 1911 bis zum 30. Juni 1914, d. i. vom Beginn der Bolschewikerrevolution in Paris bis zum Morde von Sarajewo zusammen. Eine besondere Bedeutung erhält das Werk dadurch, daß über dieses Material hinaus nicht weniger als 556 Dokumente darin zum erstenmal veröffentlicht werden, die das bisher bekannte Bild der französisch-russischen Vorkriegspolitik in eindrucksvoller Weise abrunden. Zu den vier Bänden hat der Herausgeber unter dem Titel „Russland und der Weltkrieg“ einen Ergänzungsband geschrieben, der den Leser des Wertes an der Hand einer historischen Darstellung der französisch-russischen Beziehungen durch das inhaltsreiche Aktienmaterial führt und die wissenschaftlichen Ergebnisse, die sich daraus für die Entstehung des Weltkrieges herleiten lassen, veranschaulicht.

Eine Rede Cailiaux

In Le Mans hielt Cailiaux eine politische Rede, in deren Verlauf er auch auf den ihm gemachten Soebenprozess zu sprechen kam. Weil er 1917 die Ansicht vertreten habe, daß die Stimmung in der Welt Friedensausichten biete, habe man ihn ins Gefängnis geworfen. Nach dem „Journal des Débats“ ging Cailiaux dann auch auf die esch-lothringische Frage ein. Ein nationalisistischer Schriftsteller habe geschrieben, es wäre besser gewesen, Frankreich hätte Elsaß-Lothringen nicht wieder gewonnen und den Krieg nicht geführt. Diesen Ausdruck nehme er vollkommen in der Form, in der er erfolgt sei, an, aber er müße hinzufügen, als der Nationalismus die Regierungsgewalt in Händen gehabt habe, habe er es nicht verstanden, die Opfer an Menschen und Geld in Entlang zu bringen mit dem erlangten Siege. Von der Erinnerung an die Vergangenheit besessen, habe der Nationalismus Realitäten außer acht gelassen. Cailiaux sagte schließlich, er billige Perriots Außenpolitik und Clementels Budgetentwurf für 1925. Dieses Budget sei ein Budget der Vorbereitungen und der Aufrichtigkeit.

Defizit der britischen Reichsausstellung. Londoner Blätter halten es für sicher, daß die britische Reichsausstellung in Wembley einen großen finanziellen Fehlschlag bedeute. Das Defizit werde wahrscheinlich 4-6 Millionen Pfund Sterling betragen.

*Die Kundgebung der Deutschen Volkspartei

Daß die Deutsche Volkspartei mit ihrer Kundgebung vom letzten Samstag eine Beschleunigung der Regierungs-umbildung herbeiführen will, das ist das einzige, was sich aus dem Wortlaut der Kundgebung ganz klar ergibt. Dagegen wird in der politischen Presse mit Recht über die eigentliche Bedeutung der Kundgebung gestritten.

Die einen interpretieren sie dahin, daß sie als ein Ultimatum aufzufassen sei, und zwar als ein Ultimatum, dessen Zweck die Bildung der Rechtskoalition ist; während Zentrum und Deutschdemokraten das Ultimatum ablehnen, so würde die Deutsche Volkspartei nicht mehr im Kabinett Marx verbleiben. Von anderer Seite wird darauf hingewiesen, daß die Kundgebung nicht so tragisch zu nehmen sei, zumal ja die Fraktion ausdrücklich der Idee des Reichskanzlers, mit den beiden Flügelparteien, Sozialdemokraten und Deutschnationalen, zu verhandeln, zugestimmt habe.

Wenn man die Kundgebung genau durchliest und auch die Vorgänge berücksichtigt, die sich in letzter Zeit mehr hinter den Kulissen abgepielt haben, dann wird man wohl zu dem Schluß gelangen müssen, daß die Deutsche Volkspartei mit den Sozialdemokraten nicht gerne zusammenarbeiten möchte, vielmehr eine Koalition einseitig mit den Deutschnationalen bevorzugt. Wie käme sonst die Deutsche Volkspartei dazu, in ihrer Kundgebung zu sagen, der bisherige Gang der eingeleiteten Verhandlungen lasse befürchten, daß die Voraussetzung, von der die Partei ausgehe, daß nämlich „die programmatischen und parteitaktischen Erklärungen unverzüglich erfolgen“, nicht erfüllt werde. Allerdings ist der ganze Wortlaut dieses Teils der Kundgebung sprachlich so abgefaßt, daß man mancherlei Deutungen riskieren kann. Die Idee des Reichskanzlers, ein Kabinett der Volksgemeinschaft zu begründen, wird dann aber weiter ganz eindeutig als eine „Idealkonstruktion“ bezeichnet, welche „die realpolitische Möglichkeit der Regierungserweiterung nicht gefährden dürfte“. Und diese realpolitische Möglichkeit der Regierungserweiterung ist eben nach der Auffassung der Fraktion — einer Auffassung, die auch von einzelnen Mitgliedern der Partei deutlich genug umschrieben wird — die einseitige Erweiterung nach rechts.

In der Kundgebung wird ausdrücklich betont, es sei zu erwarten, daß die Deutschnationalen noch Erklärungen abgeben würden, die ihre bisherige Stellungnahme ergänzen und klären. Erfülle sich diese Erwartung, so dürfte die Regierungserweiterung, also die Regierungserweiterung nach rechts, nicht an der prinzipiellen Ablehnung der Fraktionen der Mitte scheitern. Würde sie scheitern, so würde sich die Deutsche Volkspartei, ihre Handlungsfreiheit vorbehalten. Auch dies ist eine Wendung, unter der man sich alles Mögliche vorstellen kann.

Inzwischen hat der Reichskanzler erklären lassen, daß er unterzüglich ein Regierungsprogramm ausarbeiten werde, welches dann den beiden Flügelparteien zu unterbreiten wäre. Das ist auch unseres Erachtens der einzig richtige Weg. Allerdings wird alles darauf ankommen, wie dieses Programm aussieht. Anzunehmen aber ist wohl unter allen Umständen, daß es dem Sinne nach die Fortsetzung der bisherigen Politik proklamieren wird. Geschieht das, so wird man ja sehen, wie sich Sozialdemokraten und Deutschnationalen zu diesem Programm stellen. Würden sie ihm im Prinzip zustimmen, so wäre die Konstruktion des Reichskanzlers gewiß keine „Idealkonstruktion“ mehr, sondern durchaus „eine realpolitische Möglichkeit“. Und es könnten dann höchstens gefühlsmäßige und persönliche Gründe die Bildung eines Kabinetts der Volksgemeinschaft verhindern. Daß die Kundgebung der Deutschen Volkspartei die Bildung eines solchen Kabinetts erleichtert hätte, wird allerdings wohl niemand behaupten wollen.

Und doch liegen die Dinge keineswegs so einfach, wie die Deutsche Volkspartei und ein Teil ihrer Presse sich das denkt. Wir sagen absichtlich: ein Teil der Presse; denn wir entkennen uns, daß ein so angesehenes und zudem mehr dem rechten Flügel der Partei zuneigendes Blatt wie die „Magdeburger Zeitung“ ausdrücklich und mit guten Gründen vor der Bildung eines Bürgerbundes gewarnt hat. Daß die Sozialdemokraten, wenn wir die Verhältnisse wirtschaftspolitisch betrachten, als sozialistische Partei nicht leicht mit den übrigen kapitalistisch gesinnten Parteien vor einem Wagnis zu spannen sind, das ist ein durchaus zu beachtendes Argument. Mindestens ebenso gewichtig ist aber das andere Argument, daß die Deutschnationalen bisher eine solche Feindschaft dem neuen Staat

gegenüber bekundet haben, daß man sich ein Zusammenarbeiten dieser Partei mit den Verfassungsparteien auch nur schwer vorstellen kann. Aber das ist ja gerade das Wesen der Koalitionspolitik, daß sie die Parteien zwingt, um des Vaterlandes und seiner Rettung willen gewisse parteiprogrammatische Wünsche in den Hintergrund zu schieben. Was die Sozialdemokratie anlangt, so hat man in den letzten Jahren gewiß nicht den Eindruck gehabt, als ob sie nur die sozialdemokratische Klassenpartei spielen wolle. Und bei den Deutschnationalen hat sich in der letzten Zeit manches ereignet, was mit ihrer bisherigen Haltung und zumal mit ihrer prinzipiellen Feindschaft dem neuen Staat gegenüber nicht ganz vereinbar ist.

Im übrigen darf niemand glauben, daß eine Rechtskoalition nun eine wirklich große Mehrheit im Parlament ergeben würde. Da die Deutschdemokraten eine solche Koalition nicht mitmachen würden, würden Deutschnationalen, Deutsche Volkspartei, Zentrum und Bayerische Volkspartei ziffernmäßig etwa über die Hälfte der Stimmen verfügen. Bei Abstimmungen müßte jedenfalls das Kabinett, das aus einer solchen Koalition hervorgeht, stets damit rechnen, daß es mit seiner Politik in der Minderheit bleibt; es brauchen nur ein Paar Abgeordnete der Koalition zu fehlen oder sich der Stimme zu enthalten. Wirklich erfolgversprechend ist letzten Endes nur eine große Koalition der Mitte. Kommt sie zustande, dann gut. Kommt sie nicht zustande, dann wird wohl ein neuer Appell an die Wähler kaum zu vermeiden sein. Und auch die Bildung einer Rechtskoalition, falls sie wirklich versucht wird, wird diesen Appell lediglich um eine kurze Zeitspanne verschieben, aber gewiß nicht unnötig machen.

Die Anleiheverhandlungen in London

Der Reichsfinanzminister ist, wie schon gemeldet, ebenso wie der Reichsbankpräsident Dr. Schacht von den Anleiheverhandlungen in London nach Berlin zurückgekehrt. Grundsätzlich ist eine Übereinstimmung in London erzielt worden, vor allem auch über die Anteile, die auf die beiden Hauptländer, auf die Vereinigten Staaten und England entfallen. Es dürfte sich bei den abschließenden Verhandlungen nur noch um die Feststellung der Quote der übrigen in Betracht kommenden europäischen Länder handeln. Hier scheinen noch einige Schwierigkeiten behoben werden zu müssen. Man nimmt jedoch an, daß dies nicht mehr viel Zeit in Anspruch nimmt, so daß Dr. Schacht schon in aller nächster Zeit, Finanzminister Dr. Brücher in dieser Woche wieder nach London zurückkehren können, um dort die definitiven Verträge zu unterzeichnen.

Die Umstellung der Reichsbank

In einer am Samstag in Berlin abgehaltenen Generalversammlung der Reichsbank teilte Reichsbankpräsident Schacht mit, daß die Londoner Anleiheverhandlungen soweit gefördert seien, daß mit ihrem endgültigen Abschluß im Laufe dieser Woche gerechnet werden kann. Im Hinblick darauf empfahl Dr. Schacht die Annahme des neuen Bankgesetzes und der Statuten. Die Generalversammlung erteilte durch Zuzug ihre Zustimmung. Nach den Mitteilungen des Reichsbankpräsidenten sind die grundlegenden Änderungen des Reichsbankgesetzes auf rein außenpolitische Umstände zurückzuführen. An der Wiese dieses Gesetzes hätten nicht, wie sonst, rein volkswirtschaftliche Gesichtspunkte den Ausschlag gegeben. Im Sachverständigenausschuß habe man zunächst ausländischem Einfluß einen großen Raum gewähren wollen, aber man habe sich von diesen Gedanken abgelenkt und es sei davon so viel übrig geblieben, daß die Interessen des Auslandes an Zahlungen nicht willkürlich verletzt werden könnten. Nach wie vor liege der große, außerordentlich wichtige Kreis der Währungspolitik in den Händen des alten Direktoriums. Der wirtschaftspolitische Inhalt des neuen Reichsbankgesetzes schließe sich dem alten Reichsbankgesetz an. Die Grundzüge für eine Goldbedeckung gingen sogar über die bisherigen Grenzen hinaus und so durchziehe das gesamte neue Reichsbankgesetz eine solide Politik.

Die Umstellung des Reichsbankkapitals erfolgt von 180 Mill. RM. auf 90 Mill. GM., und zwar so, daß für zwei alte Anteile ein neuer Anteil ausgeben wird. Das nunmehr vorhandene Grundkapital von 90 Mill. GM. wird um 210 auf insgesamt 300 Mill. GM. erhöht. Die neuen Aktien werden den bisherigen Inhabern der Anteile der Goldbilanz im Umtausch zu pari angeboten. Aber auch den alten Anteilseignern werden Bezugsrechte eingeräumt zu einem noch feststehenden Kurs.

In seinen weiteren Ausführungen machte der Reichsbankpräsident Mitteilungen über die ausländischen Mitglieder des Generalrates. Es seien bisher bestimmt worden: für Frankreich Charles Sergent, Präsident der Banque de l'Union Parisienne; für Italien Carlo Feltrilli von der Banca Nazionale del Lavoro; für England Charles Abdis von der Hongkong und Shanghai Banking; für die Schweiz Professor Bachmann von der Schweizerischen Nationalbank Zürich; für Holland Professor Bruins von der Handels-Hochschule in Rotterdam. Das Mitglied für Belgien sei noch nicht end-

Fabriken auf das höchste Maß bringen, den Ackerbau industrialisieren, kurz um organisieren. Denn abgesehen von einigen Teilen Oberitaliens ist das ganze übrige Italien in einem stark zurückgebliebenen Lage. Wenn ein Volk in solchem Maße wächst, hat es nur drei Wege vor sich: Entweder sich der Unfruchtbarkeit ergeben und dazu sind die Italiener zu intelligent, oder Krieg zu führen oder Märkte für den Abfluß seines Überflusses an menschlichen Armen zu suchen. Dann stellte Mussolini Deutschland als wirtschaftliches Schreckgespenst hin. Ein neuer Stern erhebt sich über dem Horizont, der Stern Deutschland. Deutschland, das wir vernichtet glauben, ist schon wieder bereit. Es bereitet sich furchtbar auf seine ökonomische Wiedervergeltung vor. 1935 wird der Kampf beginnen, um die Märkte zu erobern. Glauben Sie, daß wir uns mit einem Spielzeug für den inneren Gebrauch unterhalten können, während wir morgen Prüfungen gegenübersehen werden, in denen es sich entscheidet, ob wir am Leben bleiben oder nicht, ob wir zu einer Kolonie werden oder eine Großmacht bleiben?

Kurze Nachrichten

Die schwedischen Reichstagswahlen. Das endgültige Ergebnis der Wahlen zur Zweiten Kammer des schwedischen Reichstages liegt jetzt vor. Die Konservativen erhielten 64 Mandate, (bisher 62), der Bauernbund 24 (bisher 21). Die Liberale und freisinnige Volkspartei zusammen 33, davon 4 Liberale, 27 Freisinnige und 2 Innenschiedene (bisher zusammen 41), die Sozialdemokraten 104 (bisher 99), die Kommunisten 5 (bisher 7). Die Konservativen erhielten etwa 460 000 Stimmen gegen 450 000 bei den Wahlen von 1921, der Bauernbund unverändert etwa 190 000, die Liberale und die Freisinnigen 300 000 gegen 330 000, die Sozialdemokratie und Kommunisten 820 000 gegen 770 000.

Die ägyptisch-englischen Verhandlungen in London. Reuters erfährt aus ägyptischer Quelle, daß Macdonald die Zurückziehung der britischen Truppen aus Ägypten wegen des Schutzes des Suezkanals ablehnte. Janul Rofsa habe dann vorgeschlagen, diesen Schutz dem Völkerbund zu übertragen, was aber Macdonald abgelehnt habe, der seinerseits ein englisch-ägyptisches Bündnis vorschlug. Jagul Pascha nahm dies an, erklärte aber, ein solches Bündnis sei unmöglich, solange britische Truppen in Ägypten ständen.

Badischer Teil

Aus der evangelischen Landeskirche

ep. Karlsruhe, 4. Oktober.

Die Entwicklung der langandauernden Spannung in der Leitung der badischen evangelischen Landeskirche führte im Laufe nichtöffentlicher Verhandlungen der Landesynode zum Ausschluß sämtlicher Mitglieder des evangelischen Oberkirchenrats. Den aus ihren Ämtern Geschiedenen wurde in der öffentlichen Sitzung am 4. Oktober durch eine einstimmige Entschliessung der Landesynode Anerkennung und Dank für ihre treue geleisteten Dienste ausgesprochen.

Nachdem in den letzten Tagen etliche Ausschluß- und nicht-öffentliche Sitzungen der Synode stattgefunden hatten, trat heute nachmittags 4.30 Uhr die Synode zur zweiten öffentlichen Sitzung zusammen. Die Plätze der Mitglieder der Oberkirchenbehörde waren leer. Die heutige Sitzung dauerte nur eine halbe Stunde; als einziger Punkt stand die Wahl eines neuen Kirchenpräsidenten auf der Tagesordnung. Abg. Holbe sprach das Eingangsgebet. Der Präsident der Synode D. Keller gab folgende Entschliessung bekannt: „Die Landesynode spricht dem Herrn Kirchenpräsidenten und den Mitgliedern des Oberkirchenrats beim Ausscheiden aus ihren Ämtern für ihre treue geleisteten, meist langjährigen Dienste den herzlichsten Dank der Landeskirche aus.“ Diese Entschliessung wurde einstimmig angenommen. Darauf wurde die Wahl des Kirchenpräsidenten vorgenommen. Die Fraktionsvorstehenden D. Frey (lib.), D. Frommel (landest.) und Holbe (volkst.) gaben hierauf Erklärungen ab. Es wurden 60 Stimmzettel abgegeben. Es erhielten Stimmen Kirchenrat D. Wurth 36, Landesratspräsident Dr. Dittler in Offenburg 19, Harzer Kühlewein eine, 4 Stimmzettel waren unbeschrieben. Auf die Frage des Präsidenten der Synode erklärte sich Kirchenrat D. Wurth bereit, die Wahl anzunehmen. Eine Verpflichtung des neuen Kirchenpräsidenten

Zeitmaße gar zu besonnen, so entscheidend prachvolle Schlusssentenzungen und sicher herausgearbeitete musikalische Höhenlinien, wofür neben den seiner Stabführung schmeissem folgenden Orchesterleitern insbesondere auch dem Chor zu danken ist, der noch selten seine Einfälle so präzis brachte. Unter den Solisten gehörte der Wichtigkeit der Rolle entsprechend das erste anerkennende Wort dem Lohengrin Robert Gutt (Staatsoper Berlin). Man merkte allerdings deutlich, daß Robert Gutt nicht mehr zu den Jünglingen seines Faches zählt. Sein Tenor klang teilweise gepreßt und hatte Mühe beim Durchhalten. Doch sprachte der Sänger, nachdem er die beiden ersten Akte sich weise geschont hatte, wenigstens im lyrischen wie heldischen Teil des Schlusssatzes nicht mehr mit kraftvoller Entfaltung des Materials; es gab zuweilen sehr schöne Töne zu bewundern bei vollendeter stimmlicher Kultur. Als Elfa begrüßte man Elisabeth Friedrich (Opernhaus Frankfurt a. M.); sie hat nun ihre einst dem Subrettenfach zugehörige Stimme ins jugendlich-dramatische hinübergepflanzt. Eine richtige „dra-matische Sängerin“ wird sie allerdings nie werden, aber man konnte mit Freude feststellen, daß ihr geschmeidiges Organ noch kaum etwas von seiner ursprünglichen, sammelweiden Färbung eingebüßt hat. Die Ortrud von Frau Marie Lorenz-Schiffner ist von der letzten Spielzeit her noch als treffliche Leistung in Erinnerung. Einige allzufürche Akzente und spitzen Töne hätte man freilich im Interesse der Gesamtwirkung gerne gemildert gesehen; die Ortrud ist zwar eine in heidnischen Jauerbüschen bewanderte Frau, aber kein keifendes Weib. Hermann Weil (Metropolitan-Oper New York) sang den Telramund in barockem Maße mit immer noch üppig quellender Stimme. Im temperamentvollen Spiel schienen mit einige stets wiederkehrende und breit ausladende Armabewegungen etwas übertrieben. Adolf Schöpfkin (Staatsoper Dresden) hatte als König Heinrich manche gute Momente, neben Metallklang trug seine Stimme leider auch schon etliche gewöhnliche Töne in der hohen Lage; mühselos und mit übermäßigem Wohlklang meisterte dagegen Karl Kamann (Stadttheater Nürnberg) den Herrscher. Da die Aufführung sich großzügig aufbaute und mit Glück den großen dramatischen Zug des Werkes betonte, bestand für das Publikum berechtigter Anlaß, durch überaus lauten Beifall zu danken und „seinen“ Künstlern herzliche Ovationen zu bereiten. H. Sch.

war nicht notwendig, da der Gewählte als Mitglied der Kirchenregierung verpflichtet worden ist. Der Präsident der Synode verlas die Verpflichtungsworte. Mit Gebet von Abg. Defan schloß die Sitzung um 5 Uhr geschlossen. — Die nächste öffentliche Sitzung wird voraussichtlich am Mittwoch vormittag sein.

Zur Auflösung des Arbeitsministeriums

das mit dem 1. Oktober aufgehoben wurde, wobei seine Geschäfte teils auf das Innen-, teils auf das Finanzministerium übergingen, schreibt die „Neue Bad. Landeszeitg.“ u. a.: „Die Aufhebung dieses Ministeriums erfolgte durch einen Beschluß des Landtages, um zu zeigen, daß der Abbau der staatlichen Verwaltung vor den obersten Stellen nicht halt machen dürfe. Man hat gerade das Arbeitsministerium aufgehoben, weil es das jüngste Ministerium war; es ist erst nach der staatlichen Umwälzung gebildet worden und hatte neben den öffentlichen Arbeiten — Wasser- und Straßenbau, Elektrizitätsversorgung usw. — vor allem die Durchführung der sozialen Gesetze anzuordnen und zu überwachen. An seiner Spitze stand jeweils ein Sozialdemokrat, und zwar in der ersten Zeit der Abg. Rüdert und dann seit 14. Februar 1921 der bisherige Arbeitsminister Dr. Engler, der vordem dem Kabinett als Staatsrat angehört hatte.“

Engler, der aus der Gewerkschaftsbewegung hervorgegangen war, hatte sich in seine neue Tätigkeit sehr rasch eingearbeitet und erregte sich wegen seiner großen Sachkenntnis und der Unparteilichkeit, mit der er insbesondere die sozialen Fragen behandelte, in weitesten Kreisen — auch bei den Arbeitgeberern — großer Wertschätzung. Bekanntlich wird Engler jetzt als Präsident an die Spitze des auszubauenden Gewerbeaufsichtsamtes treten. Man kann nur wünschen, daß er dort mit den gleichen Erfolgen tätig sein möge, wie in seinem selbsterregten Wirkungskreis.

Das badische Staatsministerium verliert in Engler eine politisch scharf ausgeprägte charaktervolle Persönlichkeit, die es wohl sehr oft vermiffen wird. Nach der Aufhebung des Arbeitsministeriums beträgt die Zahl der badischen Ministerien noch 4; sie ist damit wieder auf den Stand der Vorkriegszeit zurückgeführt. Ressort- und parteimäßig ist das Kabinett wie folgt zusammengesetzt: Finanzminister und zugleich Staatspräsident: Köhler (Zentrum); Justizminister: Truntz (Zentrum); Minister des Kultus und Unterricht: Dr. Hellpach (Dem.); Innenminister: Kemmele (Soz.); dazu kommen zwei Staatsräte: Staatspräsident (Zentrum) und Marum (Soz.). Das badische Staatsministerium zählt demnach von jetzt an noch 6 Mitglieder, von denen 3 dem Zentrum, 2 den Sozialdemokraten und eines dem Demokraten angehört.

Wieder ein badischer Kommunist vor dem Staatsgerichtshof

W.D. Leisig, 4. Okt. Den Abschluß der diesmaligen Tagung des Staatsgerichtshofes bildete die Verhandlung gegen den Schloffer Heinrich Neufeld aus Karlsruhe, der bei der kommunistischen Jugend in Karlsruhe eine Rolle spielte und auch einige Monate dem Vorstand der Ortsgruppe Karlsruhe angehörte. Anlässlich der Jubiläumfeier am 10. Februar 1924 wurde ihm ein Paket mit aufreizenden Flugblättern von einem Unbekannten mit dem Auftrag übergeben, es weiterzuleiten. Bevor dies geschehen konnte, wurde die Sendung beschlagnahmt. Außerdem fanden sich bei Neufeld einige Seitengewehre sowie Infanterieuniformen. Der Angeklagte selbst hatte Nichtwissen für den Ordnungsdienst der Jugend verhaftet. Der Vertreter der Rechtsanwaltschaft beantragte 4 Jahre Gefängnis und 200 Reich Geldstrafe. Das Urteil lautete wegen Vorbereitung zum Hochverrat in Lateinheit mit einem Vergehen gegen § 7 Ziffer 4 des Republikstrafgesetzes und wegen des Waffenerwerbungs am 17. Januar 1924 auf 2 Jahre Gefängnis und 200 Reich Geldstrafe. Die Geldstrafe und 6 Monate der Freiheitsstrafe sind durch die Untersuchungschaft verbüßt.

Aus der Landeshauptstadt

Eröffnung der Industrie-Ausstellung

In Gegenwart des Staatspräsidenten Dr. Köhler, des Oberbürgermeisters Dr. Finter und geladener Gäste wurde Sonntag vormittag 11 Uhr in der städt. Ausstellungshalle die Industrie-Ausstellung eröffnet. Nach den Begrüßungsworten des Vorsitzenden der technischen Vereine Badens, Stadtbr. Heinzelmann-Karlsruhe hielt Oberbürgermeister Dr. Finter die offizielle Eröffnungssprache.

Er wies darauf hin, daß sich zum fünften Male im laufenden Jahre die Pforten dieser Halle geöffnet hätten, um eine Ausstellung aufzunehmen. Sie solle den Reigen der diesjährigen Veranstaltungen unter diesem Dache beschließen. Gleich ihrer Vorgängerinnen stelle sie sich in den Dienst des Fortschrittes. Waren die bisherigen Ausstellungen dem Handel, dem Handel und der Landwirtschaft gewidmet, so wies diese Ausstellung von Bild von dem Fortschritt auf verschiedenen Gebieten der industriellen Betätigung geben. Es sei nicht zu leugnen, daß in der Verbindung des Menschens mit der lebendigen Natur die Quellen seiner körperlichen und geistigen Kräfte liegen und daß gewisse Nebenwirkungen der überhäufteten Industrialisierung unseres Landes mit Schuld seinen an unserem sittlichen und kulturellen Niedergang, der sich im Schatten einer glänzenden äußeren Entwicklung vollzogen habe. Aber, wir seien auch in der Lage, Gegenmittel zu schaffen, welche die Gefahren der Industrialisierung für unser Volksleben paralysieren. Gelegenheit der Tagung des Werkbundes habe Herr Minister Hellpach in einem wundervollen Vortrage überzeugend dargelegt, wie durch eine Umgestaltung unserer Erziehungs- und Übungswesens die geistigen und sittlichen Kräfte zur Überwindung jener Gefahren frei gemacht werden können. Vor acht Tagen haben wir hier einen Jugendsport- und Turntag erlebt, der uns Früchte einer Arbeit an unserer Jugend zeigt, die uns zu den besten Hoffnungen auf ihre körperliche und seelische Gesunderung berechtigt. Und hier sehen wir Pläne für Siebelungen, in denen die Menschen der Maschine für familiären Erholung finden sollen von der Tagesarbeit. Sind wir denn übrigens frei in der Entscheidung, ob Agrar- oder Industriezeit? Nein, nicht, wenn die Landwirtschaft ihre Aufgabe, einen größeren Teil des deutschen Volkes als bisher zu ernähren, die Industrie ihr die chemischen und mechanischen Hilfsmittel dazu liefern, und kann jemand, ganz abgesehen von unserer weltwirtschaftlichen Verbundenheit glauben, daß ein Agrarstaat die Lasten tragen kann die uns das Verfall der Diktat mit dem Dawes-Gutachten auferlegen. Nein, wir haben keine Wahl, wir müssen, ob wir wollen oder nicht, soll das deutsche Volk weiter bestehen, den Weg der industriellen Entwicklung weiter gehen. Unsere Lösung kann nur sein: Industrieller Fortschritt. In seinen Dienst stellt sich die Ausstellung. Sie zeigt uns zugleich den Weg, auf

dem unsere Industrie den Konkurrenzkampf mit der Welt zu bestehen hat. Sie haben diese Ausstellung hingestellt in eine technische Woche und haben sie umrahmt mit Vorträgen von Männern der Wissenschaft. Ja, aus der Synthese von Wissenschaft und Praxis muß die Industrie ihre Kräfte schöpfen. Eine gründliche wissenschaftliche Schulung muß den deutschen Ingenieur und Chemiker auszeichnen, eine stets innige Fühlung muß die Industrie halten mit den Forschungen der Wissenschaft, praktische Erfahrung und wissenschaftliche Gründlichkeit müssen in den Konstruktionsbüros, Laboratorien und Betriebsräumen unserer Fabriken zusammenwirken, kann wird deutschem Fleiß und deutscher Energie der Erfolg nicht versagt bleiben.

Der Oberbürgermeister eröffnete nach diesen Ausführungen die Ausstellung und dankte allen die zu ihrem Zustandekommen mitgewirkt haben. Namens der Handelskammer für die Kreise Karlsruhe und Baden sprach dann Generaldirektor Oberlein, der darauf hinwies, daß die deutsche Technik wieder in der Welt führend geworden sei. Das zeige auch der Verlauf der Eisenbahnausstellung in Seddin bei Berlin, die das Interesse der gesamte internationalen Fachwelt gefunden habe. Weiter sprach u. a. noch Prof. Dr. Ing. Ammann für die Technische Hochschule und ein Vertreter des Staatstechnikums, worauf Herr Heinzelmann zu einem Rundgang durch die recht reichhaltige und sehr interessante Ausstellung aufforderte.

Der Eröffnungssatz bildet den Beginn der Technischen Woche, die von der Landesvereinigung Techn. Vereine Badens im Verein mit der Technischen Hochschule veranstaltet wird und eine Reihe von Vorträgen und Führungen umfaßt.

„Mein Typ ist Regerbraun“

* Aber die Modeveranstaltung, die am Samstag unter diesem Titel im Konzerthaus stattfand, zu berichten, ist kein dankbares Geschäft. Denn es hat sich bei dieser Veranstaltung Jubel ereignet, was den Tadel eines gewissenhaften Kritikers hervorgerufen muß. Andererseits darf sie auch vieles uneingeschränkte Lob und Anerkennung beanspruchen. Und der Zweck der ganzen Sache war doch schließlich neben der Bekanntheit ein wohlthätiger, nämlich die Aufbringung einer möglichst stattlichen Summe zugunsten der Pensionskasse des Badischen Landestheaters.

Wir wollen das Lobenswerte vorweg nehmen. Da ist zunächst festzustellen, daß die eigentlichen Veranstalter, die drei Modefirmen: S. Michel-Wöfen, Wilhelm Feumer und L. Ph. Wilhelm, sich ihrerseits alle Mühe gegeben haben, um zusammen mit den übrigen mitwirkenden Firmen dem Publikum etwas wirklich Gutes und Interessantes vorzuführen. Was man da auf der Bühne an Kleidern, Halsen, Güten und Geräten der Zimmerausstattung zu sehen bekam, war zweifellos Auslese des Besten und nur zu geeignet, um das Entzücken und gleichzeitig die Kauflust der Zuschauer hervorzurufen. Ob die Kauflust in einem auch nur annähernd richtigen Verhältnis zur Kaufkraft steht, das ist eine andere Frage. Auch sonst hatten die Veranstalter alles getan, um die Räume des Konzerthaus geschmackvoll herzurichten. Schließlich darf nicht unerwähnt bleiben, daß die Idee der Vorführung auf der Bühne an sich gar nicht schlecht war.

Und dann ist natürlich der Tatsache mit Anerkennung zu gedenken, daß eine ganze Reihe hervorragender Künstler und Künstlerinnen mit schönen Leistungen bei der Vorführung der Moderevue mitgewirkt haben. Da ist Marie von Ernst zu nennen, die mit ihrer prächtigen Koloraturstimme das Publikum zu dankbarem Applaus hinriß, da war Wilt. Rentwig, der seinen blühenden Tenor in den Dienst des Unternehmens stellte, da ist das Ehepaar Klose, das seine ganz vortreffliche Eignung für den Dienst der heiteren Mücke bewies, da ist Frä. Clement, die die herrlichen Toiletten, die sie sich ausgesucht hatte, mit der an ihr bekannnten Anmut zu tragen wußte, da ist Herr Herz als mit großartigem Humor dargestellter Regierhäuptling, Frau Müller-Zuhr als graziose Tänzerin in einem außerordentlich aparten pyjamaartigen Kostüm, Herr Kunstmaler Krapp, der mit seiner Schnellmalerei auf offener Bühne verblüffte, und Herr Kunstmaler Keller, der mit seinen grotesk-Tänzen vielleicht das originellste bot, was der ganze Abend an künstlerischen Genüssen zu bieten hatte.

Soweit das Lob. Über das andere laßt uns kurz hinweggehen! Es genügt ja, daß die Veranstalter selber wissen, wie wenig die künstlerische Regie geklappt hat. Sie werden ganz von selbst die Einsicht gewonnen haben, daß es falsch gewesen ist, jungen Leuten, die für die ihnen gestellte Aufgabe auch nicht die geringste Befähigung mitbrachten, Befugnisse zuzugewahren, deren Umfang höchstens ihre Eitelkeit befriedigte. Es ist die höchste Zeit, daß Herr Baumhach wieder gesund wird und sich dieser Dinge annimmt. Er wäre der geborene Leiter der Veranstaltung gewesen. Die Musik, die zu der Revue komponiert worden war, findet hier und da in ihren Einzelheiten sachmännliche Anerkennung — auch unser Musikkritiker beurteilt sie nicht ungünstig —, aber dem Publikum hat sie durchaus nicht gefallen. Und so ist etwas passiert, was Karlsruhe in den letzten Jahrzehnten wohl noch nicht erlebt hat, daß nämlich das Publikum das Orchester durch ironisches Klatschen und Bravorufen zum Abbrechen des Spiels zwang! Möglich ist es, daß bei einer anderen Regie auch die Musik vorteilhafter zur Geltung gekommen wäre.

Es wäre, wie gesagt, unehrlich, wenn der Chronist alle diese Dinge verschweigen wollte. Man wird sicherlich aus ihnen lernen und beim nächsten Male bei der Wahl der verantwortlichen Regisseure vorichtiger sein.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	6. Okt.		2. Okt.	
	Gsh	Wrfel	Gsh	Wrfel
Amsterdam 100 G.	162.59	163.41	162.19	163.01
Kopenhagen 100 Kr.	73.52	73.88	72.97	73.33
Italien . . . 100 L.	18.35	18.45	18.36	18.46
London . . . 1 Pf.	18.68	18.77	18.70	18.79
Newyork . . . 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris . . . 100 Fr.	21.99	22.11	22.21	22.33
Schweiz . . . 100 Fr.	80.40	80.80	79.98	80.38
Wien 100 000 Kr.	5.91	5.93	5.91	5.93
Prag . . . 100 Kr.	12.50	12.56	12.49	12.52

Quellung überall 10) Prozent

Die Betriebslage der Rheinschiffahrt hat im September gegenüber dem Vormonat eine merkliche Änderung nicht erfahren. Die Wasserstandsverhältnisse waren weiterhin gut, so daß die zum Oberrhein fahrenden Rähne sogar bis nach Straßburg und Neßl vollgeladen werden konnten. Das Schleppgeschäft zum Oberrhein war flau, und das Angebot an Schlepptkraft war groß. Auch das Umschlags- und Expeditionsgeschäft in den Häfen liegt immer noch darnieder. Man hofft aber nach der Beseitigung der Winterzölle im Rheinland auf eine Belebung des Schiffahrtswertes.

Mannheim. 2.771
Zum Handelsregister A wurde heute eingetragen: 1. Band XI D.-Z. 134, Firma „Berliner Schirm-Industrie Max Lichtenstein“ in Mannheim.
Kaufmann Ernst Figner, Mannheim, ist in das Geschäft als persönlich haftender Gesellschafter eingetreten. Die offene Handelsgesellschaft hat am 8. September 1924 begonnen.

2. Band XXII D.-Z. 23, Firma „Scheuer & Co. Berlin Zweigniederlassung Mannheim“ in Mannheim, Sitz: Berlin, Gustav Wehler, Mannheim-Neuheim, ist als Gesamtprokurist mit Beschränkung auf den Betrieb der Zweigniederlassung Mannheim bestellt. Er ist gemeinschaftlich mit einem anderen Procuristen zur Zeichnung der Firma berechtigt.

3. Band XXIV D.-Z. 234, Firma „Austus Arnold, Zweigniederlassung Saarbrücken. Jean Hoch und Dr. phil. Hermann Schred, beide in Mannheim, sind als Gesamtprocuristen bestellt. Die Procura ist auf die Zweigniederlassung Mannheim beschränkt.

4. Band XXV D.-Z. 16, Firma „Badische Fischindustrie Franz Sandbrod“ in Mannheim-Neudorf. Die Firma ist erloschen.

5. Band XXV D.-Z. 41, Firma „A. Peter Speidel“ in Mannheim-Neudorf. Inhaber ist A. Peter Speidel, Kaufmann, Mannheim-Neudorf. Mannheim, 13. Sept. 1924. **Bad. Amtsgericht B.-G. 4.**

Mannheim. 2.699
Zum Handelsregister B Band XXV D.-Z. 27, Firma „Lackfabrik Forrer“

„Aktiengesellschaft“ in Mannheim, wurde heute eingetragen: Nach dem Beschlusse der Generalversammlung vom 4. Aug. 1924 soll das Grundkapital im Wege der Umschichtung von 20 000 000 M. auf 100 000 Goldmark ermäßigt und in 4500 auf den Inhaber lautenden Stammaktien zu je 20 Goldmark und in 2000 auf den Namen lautenden Vorzugsaktien zu je 5 Goldmark zerlegt werden. Durch Beschluß der Generalversammlung vom 4. August 1924 ist der Gesellschaftsvertrag in § 8 (Vergütung für die Mitglieder des Aufsichtsrats) geändert.
Mannheim, 17. Sept. 1924. **Bad. Amtsgericht B.-G. 4.**

Mannheim. 2.709
Zum Handelsregister B Band XXVI D.-Z. 60, Firma „Industriebedarf Betriebs-Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ in Mannheim, wurde heute eingetragen: Durch Beschluß der Gesellschafter vom 5. August 1924 ist die Gesellschaft aufgelöst. Die bisherigen Geschäftsführer Kaufmann Josef Kleinmann, Mannheim-Neudorf, Techniker Edmund Müller, Mannheim, und Former Wilhelm Beller, Mannheim, sind Liquidatoren.
Mannheim, 18. Sept. 1924. **Bad. Amtsgericht B.-G. 4.**

Mannheim. 2.710
Zum Handelsregister B Band V D.-Z. 46, Firma „Unter Kohlen- und Bräuterei-Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ in Mannheim, wurde heute eingetragen: Otto Schäfer, Mannheim, ist als Gesamtprokurist bestellt mit der Maßgabe, daß er gemeinsam mit einem Geschäftsführer oder in Gemeinschaft mit einem

Procuristen zur Zeichnung der Firma befugt ist.
Mannheim, 19. Sept. 1924. **Bad. Amtsgericht B.-G. 4.**

Mannheim. 2.762
In unser Handelsregister B Band III D.-Z. 3, Firma „Georg Carl Zimmer mit beschränkter Haftung“ in Mannheim mit Zweigniederlassungen in Amöneburg und Kaiserslautern wurde am 26. August 1924 eingetragen: Durch Gesellschaftsbeschluß vom 30. Juni 1924 ist das Stammkapital von 1 050 000 Mark auf Goldmark 910 000 umgestellt und der Gesellschaftsvertrag in § 4, entsprechend der eingereichten Niederschrift, auf welche Bezug genommen wird, geändert. Julius Wittinger, Viebrich a. M., ist als Gesamtprokurist derart bestellt, daß er gemeinsam mit einem Geschäftsführer oder in Gemeinschaft mit einem Procuristen zeichnungsbe-rechtigt ist.
Bad. Amtsgericht B.-G. 4. Mannheim.

Offenburg. 2.747
Handelsregister Abt. A Bd. II D.-Z. 89: Firma Gebrüder Reish in Appenweier. Offene Handelsgesellschaft begonnen am 1. September 1924. Gesellschaftsführer sind: Hermann Reish, Schmied in Appenweier, Karl Reish, Arbeiter in Ebersweier.
Offenburg, 27. Sept. 1924. **Bad. Amtsgericht I.**

Offenburg. 2.804
Handelsregister Abt. A Band II D.-Z. 90. Der Sitz der am 1. Mai 1910 begonnenen offenen Handelsgesellschaft Kronenbrauerei Theodor Braun ist von Lahr nach Offenburg verlegt. Gesellschaftsführer: Theodor Braun jr. und Albert Braun, Brauereibesitzer in Offenburg. Direktor Franz Weigel in Offenburg ist Einzelprocurist. Solcher ist auch zur Vertretung u. Verlastung von Grundstücken ermächtigt.
Offenburg, 2. Okt. 1924. **Bad. Amtsgericht I.**

Offenburg. 2.808
Handelsregister Abt. A Firma Gebr. Koch & A.

tiengesellschaft in Pforzheim: Durch Beschluß der Generalversammlung vom 23. Juli 1924 wurde das Grundkapital auf 10 000 Goldmark umgestellt und der Gesellschaftsvertrag in den §§ 4 und 18 (Aktienrecht) abgeändert. Das Grundkapital ist in 500 Inhaberaktien von je 20 Goldmark eingeteilt.
Amtsgericht Pforzheim.

Pforzheim. 2.547
Handelsregister Abt. A 1. Firma Keller & Senn in Pforzheim, Durlacherstr. 72. Persönlich haftende Gesellschaft sind: Techniker Friedrich Keller in Höfen a. Enz, und Kaufmann Hans Senn in Pforzheim. Offene Handelsgesellschaft seit 1. Juli 1924. Angegebener Geschäftszweig: Galalith u. Zellulosewarenfabrik.
2. Die Firma Richard Kunzmann in Pforzheim ist erloschen.
3. Firma Gebr. Koch in Pforzheim: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Das Geschäft ging auf die Firma Gebr. Koch Aktiengesellschaft über.
4. Firma Schmidt-Staub & Co. in Pforzheim, Güterstr. 16: Dem Kaufmann Karl Köhle in Pforzheim ist Procura erteilt.
5. Firma Dolch & Co. in Pforzheim: Die Procura der Frau Helig Reimann Ehefrau ist erloschen.
Amtsgericht Pforzheim.

Pforzheim. 2.613
Handelsregister Abt. A 1. Firma Bech & Zurb in Pforzheim (Weichstr. 47/49): Kaufmann Albert Franz Brüdner ist aus der Gesellschaft ausgeschieden und Kaufmann Otto Kayser in Pforzheim, dessen Procura erloschen ist, in die Gesellschaft als persönlich haftender Gesellschafter eingetreten. Dem Kaufmann Karl Zschmann in Bilsfeldingen ist Einzelprocura erteilt.
2. Firma Dörwächter & Brenner in Pforzheim (Theaterstr. 14): Dem Kaufmann Willy Sedner in Pforzheim ist Procura erteilt.

3. Firma E. Hajner in Pforzheim: Die Procura des Ludwig Hummel ist erloschen.

Pforzheim. 2.712
Handelsregister Abt. A Firma Albert Kopp, Aktiengesellschaft in Pforzheim, Blumenstr. 17: Die Vertretungsbefugnis der Vorstandsmitglieder Otto Widmayer und Fritz Roth ist beendigt.
Amtsgericht Pforzheim.

Naftatt. 2.754
In das Handelsregister wurde heute zur Firma „Murgatalpfektion, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Gaggenau“ eingetragen: Die Gesellschaft ist durch Beschluß der Gesellschafterversammlung vom 3. Sept. 1924 aufgelöst. Zum Liquidator ist der bisherige Geschäftsführer Kaufmann Paul Hochbach in Mannheim, durch den die Liquidation erfolgt, bestellt.
Naftatt, 26. Sept. 1924. **Amtsgericht.**

Naftatt. 2.772
In das Handelsregister wurde heute eingetragen die Firma „Kaufhaus Karl Rötter, Gesellschaft mit beschränkter Haftung“ in Naftatt. Gegenstand des Unternehmens ist der Handel mit Waren aller Art. Stammkapital 5100 Goldmark. Geschäftsführer sind: Paula Rötter in Naftatt, Karl Rötter junior, Kaufmann in Naftatt. Der Gesellschaftsvertrag ist am 16. Juni 1924 errichtet worden. Die Gesellschaft kann einen oder mehrere Geschäftsführer und Procuristen haben. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft vertreten durch zwei Geschäftsführer und durch einen Geschäftsführer und einen Procuristen. Solange Paula Rötter und Karl Rötter Geschäftsführer sind, ist jeder von ihnen allein zur Vertretung der Gesellschaft berechtigt. Sämtliche Bekanntmachungen erfolgen durch den Deutschen Reichsanzeiger.
Naftatt, 27. Sept. 1924. **Amtsgericht.**

Schnau i. W. 2.773
Handelsregister Abt. A Band I unter D.-Z. 32 a: Firma Hans Mayerberger in Schnau (Wiesental). Inhaber: Hans Mayerberger, Viehhändler in Schnau (Wiesental). Der Frau Hans Mayerberger Anna, geb. Bund in Schnau, ist Procura erteilt. Erwerbszweig: Viehhandel und Agentur.
Schnau i. W., den 26. Sept. 1924. **Amtsgericht.**

Schnau i. W. 2.739
Zum Handelsregister B D.-Z. 19 wurde bei der Firma „Solz- und Metallwerk Schöpfheim, Aktiengesellschaft in Schöpfheim“ eingetragen: Die Procura des Josef Wipf und Karl Säger ist erloschen.
Schöpfheim, den 27. Sept. 1924. **Bad. Amtsgericht.**

Schnau i. W. 2.805
Zum Handelsregister A D.-Z. 107 wurde bei der Firma „Karl R. Kaiser in Wehr“ eingetragen: Die Firma ist erloschen.
Schöpfheim, 3. Okt. 1924. **Bad. Amtsgericht.**

Schnau i. W. 2.740
Handelsregister Abt. A Band III unter D.-Z. 145 — Otto Kraus in Wehr — Inhaber ist: Otto Kraus, Apotheker in Wehr.
Schwögingen, den 30. Sept. 1924. **Bad. Amtsgericht I.**

Triberg. 2.782
Handelsregister Abt. B: Zu Band I D.-Z. 19 — Firma Steingutfabrik Schwarzwaab G. m. b. H. Hornberg — Durch Gesellschaftsbeschluß vom 8. August 1924 wurde das bisherige Stammkapital auf 300 000 Goldmark festgesetzt.
Zu Band II D.-Z. 13 — Firma Metallindustrie Schiele und Bruchfaler A. G. Hornberg — Durch Beschluß der Generalversammlung vom 9. August 1924 ist das Grundkapital auf 500 000 Goldmark, eingeteilt in 500 Aktien zu je 1000 Goldmark herab- und festgesetzt. §§ 5 und 18 der Satzungen sind entsprechend geändert.
Triberg, 26. Sept. 1924. **Bad. Amtsgericht.**

Willingen. 2.806
Zu D.-Z. 69 des Handelsregisters B der Firma Uhrenfabrik Badenia G. m. b. H. in Willingen wurde heute eingetragen: Die Gesamtprocura der Kaufleute Karl Friedrich Berner und Friedrich Gabu, beide in Willingen, ist erloschen.
Willingen, 29. Sept. 1924. **Bad. Amtsgericht I.**

Willingen. 2.807
Unter D.-Z. 43 des Handelsregisters A Bd. II wurde heute eingetragen: Firma Schwarzwälder Metall- und Kunstgießerei Ernst Kopp in Willingen. Inhaber der Firma ist Ernst Kopp, Gießereimeister in Willingen.
Willingen, 1. Okt. 1924. Der Gerichtsschreiber des **Amtsgerichts.**

Waldshut. 2.800
Handelsregister Abt. A zur Firma „Emil Maier, Sägemehl“ in Gurnweil: Procura des Emil Maier vom Amtswegen gelöst.
Waldshut, 1. Okt. 1924. **Amtsgericht.**

Weinheim. 2.755
Zum Handelsregister B Band I D.-Z. 34 zur Fir-

ma „Weinheimer Ölwerke und Speisefabrik G. m. b. H. in Liq.“ in Weinheim wurde eingetragen: Die Vollmacht des Liquidators Verthold Kaufmann in Mannheim ist beendigt.
Weinheim, 30. Sept. 1924. **Bad. Amtsgericht I.**

Weinheim. 2.760
Zum Handelsregister A D.-Z. 207 zur Firma offene Handelsgesellschaft Link & Co. in Weinheim wurde eingetragen: Die Gesellschaft ist aufgelöst, die Firma ist erloschen.
Weinheim, 30. Sept. 1924. **Badisches Amtsgericht.**

Weinheim. 2.808
Zum Handelsregister A D.-Z. 217 wurde eingetragen: Firma Johann Demich in Weinheim, Inhaber: Johann Demich, Kantier in Weinheim (Geschäftszweig: Weinhandel). Weinheim, 1. Okt. 1924. **Bad. Amtsgericht.**

Wengenbach. 2.733
Zum Vereinsregister Bd. I D.-Z. 19 wurde eingetragen: Schützenverein Wengenbach in Wengenbach.
Wengenbach, den 25. Sept. 1924. **Amtsgericht.**

Lahr. 2.750
Vereinsregister Abt. Lahr Nr. 53. Industriellen-Vereinigung für Lahr und Umgebung mit dem Sitz in Lahr.
Lahr, 26. Sept. 1924. **Amtsgericht.**

Mannheim. 2.756
Zum Vereinsregister Band X D.-Z. 31 wurde heute eingetragen: Bund badischer Arbeitervereine G. B. Mannheim. Mannheim, 29. Sept. 1924. **Bad. Amtsgericht B.-G. 4. Mannheim.**

Mannheim. 2.757
Zum Vereinsregister Band X D.-Z. 32 wurde heute eingetragen: „Schieß-Sport G. B.“ Mannheim. Mannheim, 29. Sept. 1924. **Bad. Amtsgericht B.-G. 4. Mannheim.**

Mannheim. 2.809
Zum Vereinsregister Band VI D.-Z. 48 „Der ein Volkswohl für alkoholfreie Volkspfeifehüser in Mannheim“ in Mannheim wurde heute eingetragen: Durch Beschluß der Generalversammlung vom 18. Sept. 1924 wurde der Verein aufgelöst.
Mannheim, 4. Okt. 1924. **Bad. Amtsgericht B.-G. 4. Mannheim.**

Mosbach. 2.755
Zum Vereinsregister D.-Z. 24 wurde eingetragen: „Schützenverein Mosbach in Mosbach“.
Mosbach, 16. Sept. 1924. **Bad. Amtsgericht.**

Wertheim. 2.810
Zum Vereinsregister D.-Z. 10 des Wertheimer Blindenerholungsheims wurde eingetragen: Durch Beschluß der Mitgliederversammlung vom 22. Juli 1924 wurden die Satzungen neu aufgestellt. Der Vorstand besteht künftig nur aus einer Person. Zu Zahlungen, deren einmaliger oder deren Gesamtbetrag im Laufe eines Vereinsjahres die Summe von 100 G. M. übersteigt, hat der Vorstand die Genehmigung des Ausschusses einzuholen. Zum Ausschuss sind Oberreallehrer a. D. Georg Feuerstein in Wertheim bestellt.
Wertheim, 24. Sept. 1924. **Bad. Amtsgericht.**

Karlsruher Speditionsgesellschaft m. b. H.
(vormals Carl Lassen). Kaiserstraße 73. Telefon 4949 und 4950
Internationale Transporte, Sammelladungen, Verkehre, Großtransporte, Versicherungen
Lagerhallen mit Gleisanschluß, Rollfuhrbetrieb, Lastwagentransporte

Industrie - Ausstellung
Gießerei - Lehrfach - Ausstellung
VORTRÄGE
vom 5. Oktober bis 10. November 1924
STÄDTISCHE AUSSTELLUNGSHALLE
Geöffnet von 9 Uhr vormittags bis 10 Uhr abends
Eintritt 30 Pfennig

RCEB Wir besorgen alle bankgeschäftlichen Transaktionen zu den kulantesten Bedingungen, insbesondere empfehlen wir uns für die Anlage von Spargeldern
RHEINISCHE CREDITBANK FILIALE KARLSRUHE
HAUPTGESCHÄFT WALDSTR. 1 • ZWEIFGESCHÄFTE: NIEDERLASSUNG MÜHLBURG, RHEINSTR. 44 • DEPOSITENKASSE AM HAUPTBAHNHOF (IM HOTEL REICHSHOF)